

Antikommunistisches Urteil des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf – Generalangriff auf unsere Überparteilichkeit

Am 18. Mai wurde vor der 20. Kammer des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf die Klage der kommunalen Wahlbündnisse AUF Gelsenkirchen, AUF Witten, BergAUF Bergkamen und NV Auf geht's verhandelt (Aktenzeichen 20K4760/20). Diese Klage richtet sich gegen den Inlandsgeheimdienst NRW und dessen „Verfassungsschutzbericht“. Darin werden die überparteilichen Wahlbündnisse als „struktureller Unterbau der MLPD“ diffamiert. Es wird behauptet, sie seien von der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschland „verdeckt gesteuert“. Im „Index“ des Berichtes von 2019 werden alle AUF-Bündnisse, von denen drei in Bergkamen, Neukirchen-Vluyn und Gelsenkirchen im Stadtrat vertreten sind, als angeblicher „Verdachtsfall“ geführt. Per Klage forderten die Bündnisse, die entsprechenden Passagen zu streichen bzw. unkenntlich zu machen. Bei diesem Termin wurde auch die separat geführte Klage der MLPD mit verhandelt, mit der sich die bundesweit tätige Partei gegen den haltlosen Vorwurf der „verdeckten Arbeit“ zur Wehr setzt.

Eine öffentliche Protestaktion vor einer Schule gegenüber dem Gerichtsgebäude stieß auf reges Interesse. Besonders viel Schüler*innen waren verwundert, dass es solche antikommunistischen Haltungen von Behörden noch gibt, mit der dann das Gericht - bei überaus dürftigen Begründungen - beide Klagen abwies. Das Gericht rechtfertigt die Behauptungen im Verfassungsschutzbericht, weil die AUF-Bündnisse Mitglieder der MLPD nicht ausschließen, wie Werner Engelhardt, langjähriger Vorstandssprecher und Ratsmitglied von BergAUF auch vor Gericht vortrug: *„Natürlich sind dabei auch Menschen mit sozialistischer oder kommunistischer Weltanschauung willkommen. Wir sind überparteilich und lassen uns nicht vorschreiben, wer bei uns Mitglied sein darf!“* Er fühle sich an die unselige McCarthy-Ära in den USA erinnert, eine Zeit der regelrechten Hetzjagd auf echte oder vermeintliche Kommunisten und auch deren Sympathisanten. Rechtsanwalt Roland Meister erinnerte auch an die undemokratische Berufsverbots-Praxis im Deutschland der 1970er und 1980er Jahre, die nun die Ampel-Regierung sogar wieder aufleben lassen will.

Das Urteil fordert die Bündnisse ausdrücklich auf, sie sollen sich *„von Verhalten und Zielen der MLPD distanzieren oder sich der MLPD-Mitglieder entledigen.“*

„Das kommt für die Bündnisse nicht in Frage!“ betont Engelhardt. *„Denn damit wird der Markenkern unserer Bündnisse angegriffen – die Überparteilichkeit auf antifaschistischer Grundlage. Sie garantiert uns, dass wir mit allen Kräften zusammenarbeiten können, denen die Interessen der breiten Mehrheit der Bevölkerung am Herzen liegen. Angesichts einer rasanten und mutwillig fortgesetzten Umweltzerstörung, einer krisengeschüttelten kapitalistischen Wirtschaft, der aktiven Vorbereitung eines 3. Weltkriegs ist ein breiter Zusammenschluss notwendiger denn je!“*

Die BergAUF-Fraktionsvorsitzende im Stadtrat, Claudia Schewior beurteilt das Urteil so: *„Wir von AUF lassen uns keinen Maulkorb und keine Denkverbote verpassen und sind empört, dass das Urteil der Argumentation des Inlandsgeheimdienstes folgt. Zumal die Vertreter des Innenministeriums NRW, das den Geheimdienst führt, nicht eine einzige Aussage oder irgendeine Aktion der Wahlbündnisse nennen konnten, die als Beleg für eine angebliche „Verfassungsfeindlichkeit“ dienen könnte.“* Die Verfassungsfeindlichkeit liegt schon eher beim Geheimdienst selbst. Wurde er doch einst von Nazi-Größen gegründet und geführt und hat bis heute einen sehr zweifelhaften Ruf, wenn es es um die Bekämpfung von Nazis geht. Aus den NSU-Prozessen und dem NPD-Verbotsverfahren gibt es genügend Hinweise auf personelle Verflechtungen und finanzielle Unterstützung.

Wir lassen uns von niemand vorschreiben, schon gar nicht von diesen geheimen Schnüfflern, wie wir zu arbeiten haben. Für uns ist das Urteil inakzeptabel! Der Gang vor das Obergerverwaltungsgericht als nächste Instanz wird derzeit beraten.

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Berichterstattung

Claudia Schewior AUF Fraktionsvorsitzende und Vorstandssprecherin

Werner Engelhardt, Vorstandssprecher

